

Protokoll

18. Sitzung vom 19. Dezember 2011

str

Seite 406

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 19. Dezember 2011, 19.00 Uhr – 21.30 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	34 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin (Protokoll), Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv. (Protokoll) sowie Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Kuno Spirig (berufliche Verpflichtung)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Voranschlag 2012 und Festsetzung des Steuerfusses
3. Weisung 12, vom 25. Juli 2011, betreffend Revision privater Gestaltungsplan Beichlen
4. Weisung 15, vom 7. November 2011, betreffend Erweiterung und Anbau Lehrerarbeitsräume im Oberstufenschulhaus Steinacher
5. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP-Gemeinderat, vom 2. Oktober 2011, betreffend Sicherstellung der Ordnung und Nachruhe; Begründung
6. Postulat von Willy Rüegg, SP-Gemeinderat, vom 19. Juni 2008, überwiesen am 1. September 2008, aufrechterhalten am 4. Oktober 2010, betreffend Berücksichtigung der IAO-Übereinkommen im städtischen Beschaffungswesen; Beantwortung
7. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP-Gemeinderat, vom 14. Oktober 2011, betreffend die Au als Hochschul- und Bildungsstandort; Begründung

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Tobias Mani bedankt sich im Namen vom Gemeinderat für den schönen Weihnachtsbaum, den Mitarbeitende der Abteilung Planen und Bauen aufgestellt haben. Er hoffe, dass der Rat mit der Traktandenliste schneller durch sei als die Kerzen abbrennen, was aber in Anbetracht der langen Traktandenliste etwas schwer werde.

Der Rat habe vor sich die Einladung vom Verkehrsverein Wädenswil für den Silvester am See sowie das Jahrbuch der Stadt Wädenswil.

Aufgrund der Abwesenheit von Stimmzähler Kuno Spirig, wird als Tagestimmzähler Hanspeter Andreoli vorgeschlagen. Der Vorschlag wird nicht erweitert.

1.1 Eingänge

- Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Dezember 2011, betreffend Gesamtkonzept Hochschulstadt
- Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Dezember 2011, betreffend Sicherheit im Bahnhofquartier
- Weisung 16, vom 5. Dezember 2011, betreffend Erweiterung der Anzahl der Lektionen in Musikalischer Grundausbildung
- GR-Beschlüsse vom 5. Dezember 2011
- Einladung zur GR-Sitzung vom 19. Dezember 2011

1.2 Überweisungen

keine

10.07

2. Voranschlag 2012 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsident Tobias Mani schlägt für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen vor, gemäss der Reihenfolge der stadträtlichen Anträge wie sie auf Seite 100 des Voranschlags festgehalten sind, vorzugehen.

Demzufolge wird erstens über den Voranschlag 2012 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der NPM-Abteilungen beraten. Die endgültige Festlegung des Voranschlags ist abhängig von den Beschlüssen zum Steuerfuss und zusätzlichen Abschreibungen. Der entsprechende Antrag der GRPK findet sich unter Buchstabe F des Berichts.

Zweitens wird der Steuerfuss 2012 verhandelt und festgelegt.

Drittens wird über die Höhe der zusätzlichen Abschreibungen beraten und entschieden.

Abschliessend wird über das Gesamtpaket – Voranschlag, Steuerfuss und zusätzliche Abschreibungen – eine Schlussabstimmung durchgeführt.

Auf Anfrage des **Gemeinderatspräsident Tobias Mani** gibt es keine Einwendungen gegen die Vorgehensweise.

Erstens Voranschlag und Leistungsaufträge gemäss NPM

Der **Gemeinderatspräsident Tobias Mani** erklärt, dass der Gemeinderat verpflichtet sei, den Voranschlag abzunehmen, weshalb ausdrücklich auf eine Eintretensdebatte verzichtet werde (Art. 25 Geschäftsreglement). Danach werde man in der Detailberatung Abteilung für Abteilung durchgehen. Über allfällige Abänderungsanträge werde sofort abgestimmt, über den Antrag der GRPK betreffend NPM erst im Anschluss an die Abteilungen.

Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission Christina Zurfluh Fraefel, SVP, teilt mit, dass die Wirtschaftsexperten vor einem Jahr noch der Meinung waren, dass das Schlimmste überstanden sei, die Talsohle durchschritten sein soll, und ein leichter Aufschwung komme. In der Zwischenzeit wisse man, dass das nicht so gewesen sei, habe sich doch die Konjunktur deutlich abgekühlt und die hohe Nervosität an den Finanzmärkten bürge zusätzliche Risiken. Die Expertentruppe des Bundes rechne für 2012 nur noch mit einem Bruttoinlandprodukt-Wachstum von 0.5%. Das Motto, "Spare in der Zeit, so hast Du in der Not", bewahrheite sich einmal mehr, und so weise Wädenswil nun eine solide Finanzlage auf. Dazu komme das neue Finanzausgleichsgesetz (NFA) mit dem verbundenen Ressourcenzuschuss, sodass mit gutem Gewissen einige grössere Investitionen in Angriff genommen werden können. Das werde unter anderem auch mithelfen, das lokale Gewerbe zu unterstützen und so antizyklisch zu handeln und ein Zeichen zu setzen.

Ein weiteres Zeichen des Stadtrats sei die geplante Steuerfussreduktion von 2%, wie auch die Gebührensenkung in den Bereichen Wasser/Abwasser und Erdgas. So werde für 2012 mit einem Aufwand von total Fr. 166.2 Mio. und mit einem Ertrag von Fr. 160.6 Mio. gerechnet, was einen Aufwandsüberschuss von Fr. 5.6 Mio. bedeute.

Das Budget dazu sei der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission anfangs Oktober von Stadtpräsident Philipp Kutter und der Leiterin Finanzen und Controlling, Silvia Frutiger, präsentiert worden. An dieser Stelle einen Dank an die beiden für die aufschlussreiche und transparente Präsentation.

Beim Aufwand falle vor allem der Personalaufwand mit zusätzlichen ca. Fr. 1.7 Mio. ins Gewicht, welcher einen höheren Anteil an Lehrer- und Kindergartenlöhnen infolge des neuen Finanzausgleichs, beinhalte. Überhaupt werde es einige Veränderungen aufgrund des neuen Finanzausgleichs geben und gewisse Zahlen liessen sich zurzeit nur annähernd berechnen.

Die Steuern werden – bei einem Steuerfuss von 84% - auf Fr. 40.5 Mio. budgetiert. Ende 2012 könne mit einem Eigenkapital von knapp Fr. 50 Mio. gerechnet werden. Dies sei immer noch in einer Hochinvestitionsphase mit Nettoinvestitionen von Fr. 19.8 Mio. und einem Abschreibungsvolumen von total Fr. 11.5 Mio., davon Fr. 4.0 Mio. ausserordentliche Abschreibungen.

Zu den Abteilungsbesuchen: Vom 31.10. – 4.11.2011 habe die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission die Besuchswoche in den verschiedenen Verwaltungsabteilungen durchgeführt und die finanzpolitische Prüfung vorgenommen. Ein offizieller Dank an alle

Beteiligten. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission-Mitglieder werden sich in der Detailberatung zu der jeweiligen Abteilung äussern.

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission setze ihr Augenmerk vermehrt auf das NPM. NPM beinhalte unter anderem Leistungsaufträge der Abteilungen und sei dazu da, aussagekräftige und sinnvolle Ziele zu formulieren, mit welchen sich die Kernaufgaben, - Kompetenzen und Resultate einer Abteilung klar beschreiben und messen lassen. Aufgrund der Tätigkeiten sei man der Meinung, dass eine ganzheitliche NPM Strategie fehle und habe im Bericht auch darauf hingewiesen.

Man hoffe dabei auf Unterstützung durch den Stadtrat und auf eine baldige Behandlung dieses Themas, diene es doch der Effizienzsteigerung und schlussendlich somit auch der Kostenreduktion.

Unter "E" im Bericht und Antrag zum Budget 2012 habe man diverse Anträge zu NPM-Änderungen aufgeführt.

Unter Punkt "F" die Anträge der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zu Steuerfuss und Abschreibungen, wie folgt:

Eine Mehrheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission unterstütze den Antrag des Stadtrats, die Steuern um 2 Prozentpunkte auf 84% zu senken.

Eine Minderheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sei der Meinung, dass auf eine erneute Steuersenkung unbedingt verzichtet werden müsse, da sonst gemäss dem aktuellen Finanz- und Entwicklungsplanentwurfs aus dem bestehenden Nettovermögen der Stadt bereits 2013 eine Nettoschuld in der Höhe von Fr. 9.1 Mio. entstehen würde. Zudem würde der Fremdkapitalanteil der Stadt Wädenswil von Fr. 100 Mio. auf Fr. 166.1 Mio. im Jahr 2016 ansteigen. Zusätzlich werden die Steuereinnahmen aufgrund der aktuellen globalen wirtschaftlichen Turbulenzen in der Zukunft wohl eher sinken. Deshalb soll zur Verhinderung einer Schuldenwirtschaft das Eigenkapital weniger stark vermindert werden.

Bei den zusätzlichen Abschreibungen sei sich eine Mehrheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission einig, dass für das Budget 2012 keine Änderungsanträge gegenüber dem Vorschlag des Stadtrats erfolgen sollen.

Die Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission beantragen, den Voranschlag der politischen Gemeinde für das Jahr 2012 – inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der NPM-Abteilung -, unter Berücksichtigung der Abstimmung zum Steuerfuss im Gemeinderat, zu genehmigen.

Stadtrat Finanzen Paul Rota, bedankt sich bei der GRPK unter der Leitung der Präsidentin Christina Zurfluh Fraefel für die wiederum riesige und wertvolle Arbeit im Dienste des Bürgers und der Steuerzahler. Im Grossen und Ganzen mache er keine Wiederholungen der Zahlen, doch ein paar Ausführungen zu gewissen spezifischen Punkten und Entwicklungen scheinen aus der Sicht des Stadtrats notwendig.

Vorab auch ein Dank an alle Verwaltungsabteilungen, die konstruktiv dazu beigetragen haben, dass ein solides Budget vorliege. Auch möchte er es nicht unterlassen, seinem Stellvertreter im Stadtrat, Philipp Kutter, zu danken, da er persönlich im entscheidenden Moment in den Ferien weilte. Es sei nicht zu unterschätzen, was ein Budget für Arbeit generiere. Der ursprüngliche Fehlbetrag bei der Laufenden Rechnung von über Fr. 8 Mio. und die rund Fr. 23 Mio. Nettoinvestitionen konnten auf ein vertretbares Niveau korrigiert werden. Dies ohne Leistungsabbau, was bemerkt werden müsse.

Die Gesamtwirtschaftslage lasse nach wie vor keinen allzu grossen Optimismus aufkommen. Die Probleme um die europäische Wirtschaft und den schwachen Euro habe Wädenswil in verschiedenen Bereichen erreicht. Schwarzmalen sollte man aber nicht, doch könne man davor nicht die Augen verschliessen. Alle seien betroffen, in dieser oder jener Art, auch auf Gemeindeebene, dies zum Teil nur verzögert. Dank einer gewissen Zurückhaltung in den letzten Jahren, was den Steuerfuss und überdurchschnittliche Erträge betreffe, besonders bei der Grundstückgewinnsteuer, stehe der Haushalt recht gut da, was die Vermögens- und Eigenkapitalbasis belege.

Einen wesentlichen Beitrag zur heutigen Basis haben die Grundstückgewinnsteuern der letzten drei bis vier Jahre beigetragen. Welche kaum mehr nachhaltig in Zukunft so budgetiert werden können. Darum dürfe man die laufenden Bedürfnisse nicht auf diese Erträge ausrichten. Es sei daher auch eine logische Folgerung, dass solche ausserordentlichen Einnahmen für ausserordentliche Aufwände – sprich Abschreibungen – verwendet werden sollen, auch wenn dies nur Teilbeträge davon seien. Dies habe schon in der Vergangenheit geholfen die nachfolgenden Jahre zu entlasten.

Zum Budget selber möchte er festhalten, dass es ihn besonders freue, dass die Leistungen der Stadt grundsätzlich vom ganzen Rat nicht in Frage gestellt werden. Leistungen die mehrheitlich in diesen vier Wänden beschlossen worden seien. Dies beweise die grosse Zustimmung vom Rat zu den einzelnen Abteilungen auch fürs 2012. Auch der Stadtrat stehe geschlossen hinter den Leistungen und dem damit vorgeschlagenen Budget fürs 2012.

Es sei wichtig, dass man die Gemeinschaft weiterentwickle und die Aufgaben der Gesellschaft im Sinne der schwächeren Mitbürger wahrnehmen könne. Aber auch die Verpflichtung gegenüber einer funktionstüchtigen Umwelt zu Gunsten der Kinder, dürfe nicht vernachlässigt werden. Je länger je mehr sei man hier gemeinsam gefordert. Da sei nicht der Steuerfuss der wichtigste Eckwert, das müsse man sich bewusst sein.

Auf der Aufwandseite müsse er feststellen, dass – bereinigt um die Zahlen der Veränderungen des neuen Finanzausgleichs – rund Fr. 2 Mio. Mehraufwand gegenüber dem laufenden Jahr 2011 anfallen würden. Hierzu einige Beispiele: Die Folgekosten der Holzschnitzelheizung, die neue Bibliothek, diverse Beiträge im Bereich Schule aber auch Soziales, im speziellen des SNH mit dem KESP, aber auch Investitionen im Bereich "nachhaltige Energie". Alles Aufwendungen die den Haushalt regelmässig über Jahre zusätzliche Belastungen bringe.

Auf der anderen Seite habe man den Ertrag. Da sei bei den Steuern der Ausgleich der kalten Progression zu verkraften, 1 – 2%. Hätte man den Ressourcenausgleich von Fr. 6.7 Mio. nicht in den Büchern, sähe es eher schlecht aus mit dem Budget. Dieser beschere der Stadt jedoch fürs 2012 einen Nettzuschuss von ca. Fr. 3 Mio., Fr. 1 Mio. für die Sanierung der BVK seien ins 2013 verschoben worden.

Investitionen:

Mit den rund Fr. 20 Mio. Nettoinvestition ins Verwaltungsvermögen stehe man vor einem weiteren Höchst-Investitionsjahr. Dass damit die Abschreibungen zusätzlich ansteigen, sei eine logische Konsequenz. Daher auch höchst sinnvoll, dass man wiederum ausserordentliche Abschreibungen tätige, welche die Belastung in diesen Bereich schnell wieder auf ein normales Niveau bringen werden. Diese zusätzlichen Abschreibungen im steuerfinanzierten Bereich des Verwaltungsvermögens seien aufgrund der ausserordentlichen Grundstückgewinnerträge der letzten Jahre zu sehen. Er denke es sei sinnvoll, wenn man ausserordentliche Erträge auch für ausserordentliche Aufwände einsetze.

Unter dem Gesichtspunkt der gesamthaft rund Fr. 11.5 Mio. Abschreibungen sei der Fehlbetrag von Fr. 5.6 Mio. Aufwandüberschuss vertretbar und könne übers Eigenkapital ausgeglichen werden.

Er bitte – im Namen des gesamten Stadtrats – dem Budget zuzustimmen. Seine Stadtratskollegen und -kollegin werden sich allenfalls in der Detailberatung noch zu den einzelnen Abteilungen zu Wort melden.

Noch eine kurze Bemerkung zum Thema NPM: Der Rat habe letzten Herbst aufgrund des Antrags des Stadtrats die Abschreibung vom Postulat der GRPK vorgenommen. Der Stadtrat habe seinerzeit zugesagt, zusammen mit der GRPK das Gespräch Anfangs Jahr zu suchen um mit einer Arbeitsgruppe das Projekt weiterzubringen.

Er bitte ebenfalls den Anträgen vom Stadtrat zuzustimmen und das Budget zu genehmigen.

Detailberatung:

Abteilungsweises Vorgehen des Budgets

Präsidiales (Seite 8 bis 17)

Mitglied der GRPK, Jonas Erni, SP, führt aus, dass er zusammen mit Berti Stocker für die Abteilung Präsidiales zuständig gewesen sei und sie hätten keine grosse Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren festgestellt.

Die einzigen Veränderungen seien die neue Stadtbibliothek und die Sicherheit im Informatikbereich. Betreffend der Stiftung grow hätten sie noch Fragen gehabt, dort wurde aber auf den Jahresbericht 2011 verwiesen.

Für das Energiestadtlabel seien leider keine nennenswerte weiteren Massnahmen geplant. Wie man im FEP sehen werde, sei das Budget gekürzt worden.

Zum Steuerfuss sage er später etwas.

Finanzen (Seite 18 bis 23) Globalbudget Immobilien (Seite 75)

Mitglied der GRPK, Gian-Fadri Gattiker, FDP, bedanke sich für das informative und konstruktive Gespräch, vor allem der Leiterin Finanzen und Controlling, Silvia Frutiger. Zum Budget werde er am Schluss etwas ausführen.

Planen und Bauen (Seite 24 bis 27) Globalbudgets Planen und Bauen: Vermessung (Seite 76), Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten (Seite 77), Abwasseranlagen (Seite 78), Grünanlagen (Seite 79), Friedhofbetrieb (Seite 80)

Mitglied der GRPK, Berti Stocker, EDU, erklärt, dass sie zusammen mit Ivo Peyer bei der Abteilung Planen und Bauen zu Besuch war. Vielen Dank für die freundliche Aufnahme.

Die Abteilung Planen und Bauen könne für das Jahr 2012 ein Budget gestalten, das wenig unter dem Voranschlag 2011 liege. Dies betreffe lediglich die Einnahmen und Ausgaben. Der Nettoaufwand falle gleich gross aus wie im Budget 2011. Das zeige auf, dass es bei den Vorgaben und Zielsetzungen keine Einschränkungen geben werde und dass dort kaum Einsparungen gemacht werden könnten. Ebenso komme zum Ausdruck, dass eine gewisse Stabilität vorhanden sei und sich auch die Finanzen im Griff befänden. Die Abteilung sei bemüht dem heutigen Anspruch der Wädenswiler Bevölkerung gerecht zu werden und als Wohn- und Bildungsstadt sowie für das Gewerbe attraktiv zu bleiben.

Mit dem letzten Besuch anlässlich der Rechnung 2010 hätten sie als GRPK der Abteilung den Auftrag erteilt, einen Durchlaufprozess der Baugesuche zu erstellen. Dies wurde realisiert und sollte ab dem neuen Jahr angewendet werden und somit besseren Überblick geben über den aktuellen Stand der Baugesuche, wie weit diese abgewickelt wurden, oder allenfalls auf welchen Bürotisch diese gerade behandelt werden. Dies soll eine Erleichterung für die Abwicklung der Dossiers sein und ebenfalls für das zuständige Personal. Nicht zuletzt trage das auch zu einer bürgerfreundlichen Verwaltung bei. Als GRPK – Kommission würden sie diesen Prozess weiter verfolgen und im Auge behalten.

Zum Steuerfuss: Obwohl viele Baustellen im Gang seien und geplante Vorhaben anstehen sei der Stadtrat für eine Steuersenkung von 2% Punkten. Dies sei vor allem dem neuen Finanzausgleich des Kantons zuzuschreiben. Wie lange sie Nutzniesser des neuen Finanzausgleichs seien, sei ungewiss. Sie persönlich finde, dass die Steuersenkung ein sinnvolles Weitergeben an die Bevölkerung sei. Die Fraktion sei aber der Meinung, dass wichtige Investitionen nicht nach hinten verschoben werden dürfen. In diesem Sinne sei die EVP/EDU – Fraktion mit dem Vorschlag einer Steuersenkung von 2% Punkten einverstanden und ebenso werde die Abnahme des Berichts und Antrags der GRPK unterstützt.

Werke (Seite 28) **Globalbudgets Werke:** Erdgasversorgung (Seite 81 u. 82), Wasserversorgung (Seite 82 u. 83), Entsorgung und Recycling (Seite 84 u.85), öffentlicher Verkehr (Seite 85 u. 86), Energiedienstleistungen (Seite 87)

Mitglied der GRPK, Migmar Dhakyal, SP, erklärt, dass Adrian Stucki und sie für die Abteilung Werke zuständig gewesen seien. Fürs 2012 budgetieren die Werke einen Nettoaufwand von Fr. 2.1 Mio. was eine Abnahme von Fr. 300'000.00 sei. Dies lasse sich so erklären, dass der Gemeindebeitrag an den ZVV, der jeweils provisorisch und erst nach der Rechnung definitiv feststehe, abgenommen habe. Gegenüber dem Vorjahresbudget habe der Betrag um Fr. 240'000.00 abgenommen.

Das Konto "Beiträge an politische Gemeinde" betrachte die GRPK als problematisch. Dort seien Fr. 100'000.00 mehr als im Vorjahr, also Fr. 300'000.00 budgetiert worden.

Sonst seien keine gravierende Veränderungen aufgefallen und sie danke der Abteilung.

Sicherheit (Seite 29 bis 32) **Globalbudget Sicherheit:** Polizei (Seite 88 u. 89)

Mitglied der GRPK, Ivo Peyer, BFPW, bedankt sich bei Herrn Largiadèr für das offene und interessante Gespräch. Andreas Ledermann danke man für die vorgängige speditive Beantwortung. Er sei beim Gespräch abwesend gewesen.

Der Nettoaufwand steige um 11.2% oder Fr. 340'000.00. Dies sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass der Stadtpolizei zusätzliche Stellen bewilligt wurden. Ab Sommer 2012 beschäftige Wädenswil neun Polizisten/Polizistinnen. Die Besetzung der neuen Stellen werden nicht einfach, da schweizweit ca. 1'500 Polizisten fehlen.

Das Projekt sip werde nochmals durchgeführt, jedoch mit höheren Kosten, da mehr Einsätze im 2012 geplant seien und sie dauerhaft eingesetzt werden soll. Der Stadtrat werde dazu eine Weisung ausarbeiten.

Die notwendigen Anpassungen bei den NPM – Zielen und Indikatoren/Standards, damit diese auch klar mess- und kontrollierbar seien, werden später behandelt.

Schule und Jugend (Seite 33 bis 43) **Globalbudget Schule und Jugend:** Freizeitanlage (Seite 90)

Mitglied der GRPK, Adrian Stucki, GP, teilt mit, dass er zwar für die GRPK am "werken" war, jedoch nicht bei der Abteilung Werke dabei gewesen sei, er besuchte mit Migmar zusammen die Abteilung Schule und Jugend.

Er bedanke sich bei der Abteilung Schule und Jugend sowie Stadtrat Johannes Zollinger. Die Abteilung weise Mehrkosten im Budget von Fr. 2.8 Mio. aus. Ein grosser Teil davon sei dem neuen Finanzausgleichsgesetz zuzuschreiben. Die Schule müsse neu 80% der Lehrerlöhne übernehmen, früher 66%, was natürlich einen grossen Batzen auf der Ausgabebei-

te ausmachen werde. Auf der Einnahmeseite von dem neuen Finanzausgleichsgesetz komme nichts für die Schule rein. Dies mache der grosse Unterschied zum Budget 2011.

Ein anderer Posten, die Heimkosten, seien dieses Jahr mit Fr. 0.4 Mio. mehr budgetiert worden. Dies sei ein Punkt gewesen, welcher er die letzten Jahre gefordert habe.

Neu sei der Abteilung Schule und Jugend die Freizeitanlage angegliedert. Die werde dort integriert und es seien auch NPM-Ziele geschaffen worden. Seiner Meinung nach habe man sich grosse Mühe gemacht, die Ziele sorgfältig zu definieren.

Die Abteilung Schule und Jugend habe aber ansonsten noch keine NPM definiert. Wie heute bereits gesagt, habe die GRPK ein flächendeckendes NPM gefordert, was die Abteilung Schule und Jugend dann auch betreffen würde. Darum möchte er noch kurz auf das Thema NPM eingehen: Zuerst ein wenig Geschichte: Man befinde sich im Jahr 2001. Der damalige Oberbürgermeister der Stadt Passau, sei wie man sich ein solcher vorstelle – gross, gemütlich, bärtig, einfach ein schlauer Fuchs der für seine Stadt lebe. Müsste man aus einer Gruppe Personen einen Oberbürgermeister wählen, alle würden wieder ihn nehmen. Er sei aber auch ein geschickter Manager. In rund zehn Jahren habe er mit einer Handvoll Beamten und Beamtinnen seine Stadtverwaltung vollständig umgekehrt, die muffigen Amtsstuben ausgelüftet, Bürgerinnen und Bürger aktiviert, Politikerinnen und Politiker geschult und dem Amtsschimmel den Gar ausgemacht. So wurde er zusammen mit seiner Stadt zum Inbegriff von innovativer Verwaltungsreform und zum Ziel von unzählige Studiengruppe von einem modernen Verwaltungsmanagement. Passau habe bereits 1990 erste Schritte Richtung Qualitätsmanagement gemacht und habe damit angefangen die Bevölkerung gezielt in die praktische Politik miteinzubinden. Die Stadt Passau habe sich für die Entstehung eines Leitbilds entschieden. Bei der Leitbild-Entwicklung, welche durch einen externen Berater in einem Workshop unter Einbezug von Bürgern, Stadtrat und Verwaltung erfolgt. Der erste Leitbildentwurf sei in der Zeitung veröffentlicht worden und Bürgerinnen und Bürger seien daraufhin aufgefordert worden, ein Feedback abzugeben. Über 10'000 Einzelschläge seien eingereicht, ausgearbeitet und eingearbeitet worden. Dank dieser aktiven Beteiligung habe danach 75% der Bevölkerung dieses Leitbild gut bis sehr gut gekannt und 80% seien davon überzeugt gewesen, dass die Ziele die man erarbeitet habe auch umgesetzt werden können. Das Leitbild sei auch so umgesetzt worden. Nach dem Erfolg habe sich die Projektgruppe aufgelöst und die Umsetzung sei vorgenommen worden. In diesem Prozess sei stufenweise eine dezentrale Ressourcenverantwortung eingeführt worden. Verwaltungseinheiten seien zu öffentlichen Unternehmen geworden und haben auf eine betriebswirtschaftliche Buchhaltung umgestellt. Sie haben ihre Produkte definiert und sie haben die Kosten den Produkten zugewiesen. Die Stadt als Dienstleistungsunternehmen sei eine Erfolgsgeschichte wie aus dem Lehrbuch. NPM war geboren.

Mit dieser Geschichte möchte er aufzeigen, dass NPM nicht einige Ziele in einem Buch seien, sondern das NPM ein Management-Konzept sei. NPM könne auch eine Philosophie sein, die gelebt werden müssen.

Sie haben den Stadtrat angefragt, ob sie das NPM-Konzept einsehen können, doch die Antwort sei negativ gewesen. Wädenswil müsse kein zweites Passau werden, seines Erachtens könne man sich darüber streiten, ob NPM ein gutes oder schlechtes Instrument sei.

Wenn die Antwort aber ja sei, dann bitte richtig. NPM als mühseliges Randprodukt bringe nichts. Wollte man dadurch Erfolg erzielen, brauche man ein Konzept. Ein Leitbild das man auf Verwaltungseinheiten runterbrechen könne, darauf leite man die Produkte, Arbeitsabläufe, Prozesse ab, diese werde durch institutionalisiertes Controlling gemessen und Mitarbeiter werden danach qualifiziert.

Ihm fehle bereits das Konzept zum Konzept. Wie manage dies man in Punkto Finanzen? Mit NMP? Ohne? Teils teils? Wo stehe dies geschrieben? Die Abteilungen machen einen guten Job, dies möchte er nicht in Abrede stellen. Aber man möchte doch besser werden, sich entwickeln. Und das schönste am Ganzen sei, es koste monetär nicht viel mehr. Es brauche Innovation, der Wille etwas zu verändern und eine Menge harter Arbeit.

Soziales (Seite 44 bis 50) **Globalbudgets Soziales**: Soziale Dienste (Seite 91 bis 93), Asylwesen (Seite 93 u.94), Frohmatt (Seite 95 bis 97)

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, teilt mit, dass man sich für die kooperative und offene Zusammenarbeit bei der Abteilung Soziales und der Frohmattbetrieb bedanke, im speziellen bei der Stadträtin Felicitas Taddei und den Abteilungsleitern, Markus Morger sowie Cristian Rentsch. Sie haben ihnen in der Fragewoche sehr detailliert "Red-und-Antwort" gestanden und die Arbeit damit tatkräftig unterstützt. Für Details dieser Arbeit, verweise er auf den Bericht und Antrag.

Der Nettoaufwand von Fr. 19.5 Mio. oder eine Zunahme von fast Fr. 0.7 Mio. für Soziales und Frohmatt sei enorm. Erfreulich weise sich deshalb der Nettoaufwand im Sozialen ohne Frohmatt aus; er nehme erstmals um Fr. 0.1 Mio. ab. Zwar sei es noch eine kleine Zahl, aber sicher ausbaufähig, wenn das Fallvolumen von 612 weiter reduziert werden könne. Die "SoWatch" oder ein zugemieteter Sozialhilfeinspektor aus Zürich könne sicher einen wertvollen Beitrag leisten, um ein solches Ziel in die Tat umzusetzen. Er würde sich freuen, wenn er melden könne, diese Überwachungsorgane werden eingesetzt und verdienen ihr Geld mit der Aufdeckung fraglicher Sozialfälle. Denn erst mit Datum der Fragewoche habe die Sozialbehörde einen ersten Ermittlungsauftrag erteilt.

Die Einsatz- und Beschäftigungsprogramme seien in mehreren Angeboten ihr Geld wert; der Aufwand nehme um Fr. 0.17 Mio. ab. Er könne sich aber auch vorstellen, neue Programme zu bilden und gewisse brisante, politische Themen wie Littering oder Laubbläser etwas zu entschärfen.

In der Frohmatt sei die Situation mit dem Umbau immer noch aussergewöhnlich. Er freue sich über die Flexibilität von Geschäftsleitung und Mitarbeitenden und wundere sich über die grosse Toleranz von Bewohnende und Nachbarn – denn Umbau bedeute vorderhand Baustelle, Baulärm und Staub. Auch einzubeziehen seien: Absicherungen, Informationen, Organisationen, Provisorien, weniger Platz, Mehrarbeit, weniger Bewohner, grössere Ausgaben und weniger Einnahmen. Wie sich dies im Voranschlag auswirke, sehe man im Nettoaufwand als Aufwandüberschuss von Fr. 2.8 Mio.

Die Eröffnung/Inbetriebnahme von Haus 3 sei auf den September 2012 geplant. 15-20 zusätzliche Bewohner könne ein Zuhause angeboten werden. Mit Start zur neuen Frohmatt, werde ein neues Tarifsysteem eingeführt, welches kalkulatorische Kosten einschliesse und in einer schwarzen Null resultiere.

Die Zahlen beider Abteilungen wurden seriös erarbeitet und dienen hoffentlich einer massvollen Umsetzung der Rechnung 2012.

Gesundheit (Seite 51 bis 54) **Globalbudget Gesundheit: Badeanlagen** (Seite 98 u. 99)

Mitglied der GRPK, Ivo Peyer, BFPW, bedanke sich bei Frau Poletti, Herrn Fegble sowie Stadtrat Thomas Largiadèr für das offene und interessante Gespräch. Andreas Ledermann danke man für die vorgängige speditive Beantwortung ihrer Fragen.

Der Nettoaufwand sinke um 3% oder Fr. 200'000.00. Dies sei vor allem auf das neue Pflegegesetz zurückzuführen. Das Hallenbad und die Sportanlagen Untermosen hingegen werden in den Kosten deutlich steigen.

Das Hallenbad sei und bleibe ein grosser Kostenträger. Es werde erwartet, dass der jährliche Aufwand ca. Fr. 1 Mio. betrage. Die Hoffnung, dass damit das Kostendach erreicht sei, sei aus seiner Sicht relativ klein. Der Kostendeckungsgrad im NPM wurde auf neu 40% gesetzt. Dieser Wert sollte zu erreichen sein. Aus seiner Optik sei dieser Satz jedoch zu tief.

Antrag E der GRPK zu NPM

Sicherheit

	Ziele	Indikatoren/Standards
bisher	Speditive und bürgerfreundliche Erledigung der administrativen Aufgaben	Kurze Fristen: Einfache Bewilligung innert 10 Tagen nach Gesuchseingang
neu	Speditive und bürgerfreundliche Erledigung der administrativen Aufgaben	Kurze Fristen: 90% aller Gesuchseingängen werden innert 7 Tagen erledigt.

Schule und Jugend

	Kennzahlen	2012	2011	2010	2009	2008
bestehend	Anzahl durchgeführte Kursangebote und verwandte Angebote für Erwachsene			199	207	172
bestehend	Anzahl durchgeführte Kursangebote und verwandte Angebote für Kinder und Jugendliche			264	267	232
zusätzlich	Anzahl geplante Kursangebote und verwandte Angebote für Erwachsene					
zusätzlich	Anzahl geplante Kursangebote und verwandte Angebote für Kinder und Jugendliche					

Gesundheit

	Ziele	Indikatoren/Standarts
bisher	Hoher Hygienestandard und einwandfreie Wasserqualität im Hallenbad	Keine Beanstandungen durch Kunden und Aufsichtsstelle
neu	Hoher Hygienestandard und einwandfreie Wasserqualität im Hallenbad	Keine Beanstandungen durch Aufsichtsstelle
bisher	Werterhaltung der Gebäude	Sichtbare Schäden und periodische Sicherheitsprüfung: <ul style="list-style-type: none"> – Keine bzw. unmittelbare Schadenbehebung – Hallenbaddecke einmaljährlich; – Selbstkontrolle und EMPA-Kontrolle im 10-Jahresrhythmus
neu	Werterhaltung der Gebäude	periodische Sicherheitsprüfung: <ul style="list-style-type: none"> – unmittelbare Schadenbehebung – Hallenbaddecke einmaljährlich; – Selbstkontrolle und EMPA-Kontrolle im 10-Jahresrhythmus – Jährliche Revision der Anfragen

Immobilien

	Ziele	Indikatoren/Standards
bisher	Gewinn aus dem Handel mit Land und Immobilien erwirtschaften	Verkauf > Kaufpreis, aufgezinst mit 5% (Ausnahmen: Ansiedlung von Betrieben mit hoher Wertschöpfung oder grosser Anzahl Arbeitsplätzen)
neu	Überprüfung und Bewirtschaftung des Immobilienbestands nach strategischen Grundsätzen	Veräusserung von Immobilien zu Marktkonditionen (Ausnahmen: Ansiedlung von Betrieben mit hoher Wertschöpfung, grosser Anzahl Arbeitsplätze oder gezielt für nachgewiesenen Bedarf an günstigem Wohnraum)

Auf Anfrage des **Gemeinderatspräsidenten Tobias Mani** wünscht niemand das Wort.

Abstimmung über den Antrag E der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag E der GRPK einstimmig zu.

Investitionsrechnung und ordentliche Abschreibungen (Seite 55 bis 74)

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass die Investitionen im schriftlichen Bericht enthalten seien. In seinen Ausführungen konzentrierte er sich auf das Thema Abschreibungen.

Im Januar sei das Postulat der CVP-Fraktion aus dem Jahr 2008 betreffend Änderung des Abschreibungssystems im gebührenfinanzierten Bereich behandelt worden. Damals habe der Stadtrat zu Recht festgehalten, dass der Ausweis von den tatsächlichen Vermögensverhältnissen mehr Transparenz in der Organisationsstruktur bewirke. Er habe auch eingesehen, dass solche Informationen notwendig seien als saubere Grundlage für die Gebührenkalkulation. Als Konsequenz dieser stadträtlichen Erkenntnis habe er damals verlangt, dass der Stadtrat im Budget 2012 keine Zusatzabschreibung mehr beantrage. Das sei leider reines Wunschdenken gewesen, er sei enttäuscht.

Bereits die bis heute angewendeten degressiven Abschreibungssätze führen zu einem unrichtigen Ausweis der Ergebnisse der Abwasseranlagen und der Werke. Die Resultate werden zusätzlich verfälscht, weil der Stadtrat weiterhin an der Praxis von Zusatzabschreibungen festhalte, im Jahr 2012 sollen sie Fr. 2.0 Mio. betragen. Diese langjährige Praxis führe nicht nur zu verfälschten Abschlüssen, sondern auch zu manipulierten Spezialfinanzierungssalden, intransparenten Grundlagen für die Gebührenkalkulation und verfälschten

Messgrößen von NPM-Indikatoren. Er möchte die Auswirkungen der heutigen Abschreibungspraxis anhand von drei Beispielen erläutern.

Als erstes Beispiel führe er die Gebührenkalkulation des Wärmeverbunds Untermosen an. Sie basiere korrekterweise auf der Grundlage von Abschreibungen, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien bemessen werden. Tatsächlich gebucht werden zu hohe Abschreibungen, was zu einer negativen Spezialfinanzierung von Fr. 200'000.00 Ende 2012 führen dürfte. Das ausgewiesene, buchmässige Ergebnis des Wärmeverbunds sei somit auch im zweiten Jahr negativ und werfe Fragen nach der Rentabilität der erst kürzlich in Betrieb genommenen Anlage auf, obwohl Grundlage für die Gebührenberechnung stimmen. Die Rechnung des Wärmeverbunds sei intransparent und nicht schlüssig.

In seinem zweiten Beispiel weise er auf den NPM-Indikator der Abwasseranlagen hin. Er verlange eine ausgeglichene Abwasserrechnung im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Diese Messgrösse werde sowohl im Voranschlag 2011 als auch im 2012 problemlos erreicht, weil der Rechnung zusätzlich Abschreibungen von Fr. 0.6 Mio. beziehungsweise von Fr. 0.5 Mio. belastet werden. Tatsächlich sei die Abwasserrechnung ohne diese ausserordentlichen Abschreiber alles andere als ausgeglichen. Und Gebührenrechnung basiere sicher nicht auf betriebswirtschaftlichen Werten wie beim Wärmeverbund Untermosen.

Als drittes und letztes Beispiel erwähne er die Wasserversorgung. Sie sehe gemäss dem heutigen Indikator vor, das Verwaltungsvermögen bei maximal Fr. 3.5 Mio. anzusetzen. Dies führe dazu, dass der Spezialfinanzierungssaldo Ende 2012 auf tiefe Fr. 30'000.00 sinken dürfe, was eigentlich kaum vertretbar sei. Ohne Zusatzabschreibungen von Fr. 940'000.00 betragen die Spezialfinanzierungen Ende 2012 Fr. 970'000.00. Der effektive Spezialfinanzierungssaldo und das Ergebnis liegen also weit neben den Budgetzahlen. Die gebührenfinanzierten Bereiche müssen in jeder Abrechnungsperiode ausgeglichen abschliessen. Überschüsse werden den Spezialfinanzierungen gutgeschrieben, Defizite müssen durch Entnahmen gedeckt werden. Weil nun erneut Zusatzabschreibungen gebucht werden sollen, weisen die Spezialfinanzierungssalden Ende 2012 total statt Fr. 11.1 Mio. lediglich Fr. 9.1 Mio. aus.

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission habe die Frage der Zusatzabschreibungen intensiv diskutiert. Die Kommission wolle eine entschiedene Verbesserung der Transparenz und klarere Grundlagen für die NPM-Indikatoren, auf dieser bereinigten Basis müsse die Angemessenheit der Spezialfinanzierungssalden neu überdenkt und die Gebühr-last kurz- bis mittelfristig weiter reduziert werden. Auch im steuerfinanzierten Bereich solle aus Gründen der Transparenz keine Zusatzabschreibungen mehr gebucht werden, was zu einem entsprechend höheren Eigenkapitalausweis führe. Der Anpassungsbedarf sei offensichtlich.

Für eine Stornierung der Zusatzabschreibungen im 2012 seien die Korrekturen von total 25 Konten und folgerichtig Anpassungen von Zielen, Indikatoren und Standards der Erdgasvorsorge und der Wasservorsorge erforderlich gewesen. Dieser sehr umfassende Antrag habe deshalb in der Kommission keine Mehrheit gefunden. Dafür schreibe die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission in dem Bericht deutlich: "Sollte das Budget 2013 wiederum zusätzliche Abschreibungen enthalten, wird die Ge-

schäfts- und Rechnungsprüfungskommission eine entsprechende Korrektur beantragen.“ Die Aussage dürfe nicht als Empfehlung, sondern müsse als Auftrag verstanden werden. Sollte der Stadtrat an der bisherigen Praxis festhalten, werde die Geschäfts- und Rechnungskommission die erforderlichen Korrekturbuchungen anlässlich der Budgetdebatte fürs 2013 im Gemeinderat zur Abstimmung bringen.

Stadtrat Finanzen Paul Rota möchte keine grosse Diskussion über die Abschreibungsmodalitäten führen, zudem sei es schwer Beat Wiederkehr die Stirn zu bieten, denn er sei der absolute Fachmann und kenne das aus dem betriebswirtschaftlichen Aspekt.

Er persönlich kenne dies seit 20 Jahren und es gebe Gründe dafür und dagegen. Er müsse darauf hinweisen, dass man ohnehin im Jahr 2014 spätestens 2015 das neue Rechnungsmodell vom Kanton anwenden müsse. Dies laufe momentan in einem Pilotprojekt in gewissen Gemeinden. Man werde dann auf die lineare Abschreibung umsteigen, es müssen neue Bewertungen bis ins Jahre 1986 zurück gemacht werden. Es werde Vor- und Nachteile haben. Mehr Transparenz, mehr Vermögen im Verwaltungsvermögen und höheres Eigenkapital. Er gebe Beat Wiederkehr zwar Recht, aber das Einzige, was sich im spezialfinanzierungsbereich ändere, sei eine Verzerrung der Zeitachse. Es hatte seine Gründe gehabt, dass alles was man investiert habe auch abgeschrieben wurde. Wenn man regelmässig gleichviel investiere, müsse man dies machen. Man kenne den Wert heute nicht, dies müsse man bewerten und sei ein Aufwand, man werde dies aber machen müssen. Es gehe nicht um den Aufwand den die Verwaltung scheue, sondern dass man es nicht im Voraus mache ohne die Regeln vom Kanton genau zu kennen. Sie wüssten nun, dass sie nächstes Jahr keine ausserordentlichen Abschreibungen mehr machen sollen, obwohl es geldflussmässig nichts bringe.

Es würde mehr Transparenz aufzeigen, aber er sei der Meinung man solle dies nicht einführen, bevor der Kanton seine Regelungen nicht klar definiert habe.

Schlussabstimmung zum Voranschlag 2012 und Leistungsaufträgen gemäss NPM

Der Rat stimmt einstimmig dem Voranschlag 2012 und Leistungsaufträgen gemäss NPM 2012 zu.

Zweitens Steuerfuss 2012

Der Stadtrat beantrage eine Steuersenkung von 2%, eine Mehrheit der GRPK unterstütze dies. Eine Minderheit der GRPK beantrage die Steuern nicht zu senken.

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, zitiert: “Keine Angst. Wir werden kein zweites Griechenland, weil wir unsere Ausgaben massvoll regeln; unsere Bürger mündig und ehrlich sind!“

Für das nächste Jahr werden rund Fr. 58. Mio. Steuereinnahmen prognostiziert, dies bei einem Steuerfuss von 84 Prozentpunkten. 1999 sei der Steuerfuss bei hohen 103 Prozent-

punkten, respektive bei Fr. 42 Mio. Steuereinnahmen gewesen. Rechne man selbst: Wädenswil habe in 13 Jahren eine Steuersenkung von 19 Prozentpunkten erreicht und die Einnahmen trotzdem um Fr. 16. Mio. erhöht. Im gleichen Zeitraum habe sich das Eigenkapital um fast Fr. 32 Mio. erhöht. Ein schönes Zwischenziel werde damit erreicht.

Und jetzt – wie weiter? Die SVP möchte den erreichten Stand beibehalten; denn diese Zahlen müssen konsolidiert und bewiesen werden. Anstehende Veränderungen dürfe man nicht überfordern:

Zum einen habe man den Finanzausgleich, welcher hier Mehreinnahmen, aber dort Mehrausgaben beschere. Wie viel unter dem Strich wirklich in der Kasse lande, müsse man zuerst erfahren.

2014 steuere man mit dem "Harmonisierten Rechnungslegungsmodell" (HRM2) in eine neue Dimension des Finanzhaushalts – eine Anlehnung der Finanzbuchhaltung an die Privatwirtschaft werde stattfinden. Sämtliche Vermögenswerte wie Stadthaus, Schulanlagen, Polizei- und Feuerwehrfahrzeuge, Bibliothek usw. landen letztendlich im abzuschreibenden Verwaltungsvermögen. Schon heute könnte man deswegen auf die ausserordentlichen Abschreibungen im steuer-, wie auch gebührenfinanzierten Teil des Voranschlags verzichten.

Mit dem FEP 2012-2016 werden grosse und notwendige Investitionen in Aussicht gestellt. Mit Fr. 32 Mio. für Ersatz-, Neubau oder Sanierung der OSW Fuhr, Schulhaus Untermosen, des Hallenbads, des Lehrschwimmbeckens Steinacher Au, sowie Hort/Kinderkrippe Glärnisch. Weitere Fr. 10 Mio. werde die Erneuerung der Frohmatt verschlingen. Die grossen Posten machen bereits über die Hälfte der Investitionsvorhaben von knapp Fr. 80 Mio. aus. Diese Projekte gelte es exakt zu planen und wenn sie dann in diesem Umfang notwendig und rechtmässig seien, entsprechend zu realisieren.

Man stehe vor einer wirtschaftlich anspruchsvollen Zeit. Sie erfordere eine gewisse Vernunft und Weitsicht. Kosten-Nutzen-Verhältnisse müssen im Einklang sein und mit den Haushaltungsgrundsätzen Sparsamkeit, angemessene Selbstfinanzierung und Haushaltgleichgewicht harmonisieren.

Er könne die Aussage von Paul Rota in der Zürichsee-Zeitung vom 14. Dezember 2011 nur unterstützen. Zitat: "Die Schere zwischen dem, was man sich leisten will und dem, was man ausgeben kann, darf sich nicht zu fest öffnen."

Auch wenn die Schulden kurzfristig zunehmen; Wädenswil bleibe Wädenswil und Griechenland ein langfristiger Sanierungsfall. Die SVP unterstütze den Antrag des Stadtrats und befürworte eine Senkung des Steuerfusses auf 84%.

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass die CVP-Fraktion erfreut über die Steuerfussentwicklung sei. Innert fünf Jahren – vom 2007 bis 2012 – könne der Steuerfuss um 11 Prozentpunkte reduziert werden – sofern die Mehrheit vom Gemeinderat heute "Ja" dazu sage.

Das sei eine zwar unspektakuläre, dafür aber stetige Entwicklung in eine gute Richtung. Eine Entwicklung auch, welche Einschätzungen in bisherigen Finanzplänen klar widerspre-

che. Nüchtern betrachtet, müsse man feststellen, dass die Steuerfussenkung nicht dank grosser Einsparungen möglich werde. Im Gegenteil: All die Aufgaben, welche die Stadt übernehmen sollte, nehmen stetig zu. Hauptgründe für positive Ausgangslage seien der neue Finanzausgleich, zeitlich Verzögerungen bei den Investitionen und vor allem die Tatsache, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den letzten Jahren mehr als erwartet in die Stadtkasse abgeliefert haben.

Nach Meinung der CVP-Fraktion sei eine Steuerfussenkung gerechtfertigt aufgrund der soliden Eigenfinanzierung von um die 100% in den letzten acht bis zehn Jahren. Gleichzeitig sei ihnen auch bewusst, dass die künftigen Jahre weniger rosig aussehen. Es werde eine grosse Herausforderung sein für den Stadtrat und die Verwaltung, langfristig einen Steuerfuss von 84% halten zu können.

Mitglied der GRPK, Jonas Erni, SP, teilt mit, bevor man über den Steuerfuss diskutieren werde, solle man als erstes ein Zukunftsplan machen. Dies habe Wädenswil in Form des Finanz- und Entwicklungsplans, worin man sehen könne, was es für Auswirkungen für die nächsten Jahre habe. Daraus sei klar ersichtlich, dass sich das heutige Nettovermögen bereits im Jahr 2013 in eine Nettoschuld von Fr. 9 Mio. verwandle, bis im Jahr 2016 würden dies Fr. 47 Mio. sein. Gleichzeitig werde das Fremdkapital in fünf Jahren Fr. 166 Mio. betragen. Sei dies das Ziel?

Wichtige Investitionen seien im FEP gar nicht berücksichtigt, dies sei einerseits die Verkehrssicherheit, die Energiestadt oder das Landschaftsentwicklungskonzept.

Wichtige Investitionen seien in den letzten Jahren immer nach hinten verschoben worden. Auch Investitionen die unbestritten und notwendig seien. Man wolle gute Schulen, gute Infrastruktur. Nun sei es so, dass eine gleichzeitige Steuersenkung keinen Sinn mache, er nehme als Beispiel eine Privatperson: Diese Person arbeitet 100% und möchte eine neue Wohnungseinrichtung für Fr. 20'000.00 kaufen. Anstatt diese Möbel mit dem normalen Einkommen zu bezahlen, nehme die Personen einen Privatkredit auf und wechsele gleichzeitig in der Arbeit von 100% auf 80%. Genauso wie diese Privatperson würde sich die Stadt Wädenswil verhalten, wenn wir den Steuerfuss tatsächlich senken würden.

Er habe ausgerechnet, wie viel 2% in gewissen Einkommenklassen ausmachen werde. Bei einem Jahreseinkommen von Fr. 50'000.00 spare man genau Fr. 60.00 mit dieser Steuersenkung. Man könne also nicht einmal mehr ins Restaurant. In Wädenswil wohnen nicht viele, aber doch vereinzelt Personen die mehr als eine Million im Jahr verdienen, diese Personen sparen Fr. 4'000.00 pro Jahr. Nur machen für die Stadt diese 2% direkt Fr. 1 Mio. aus. Wie man ebenfalls vorher gehört habe, sei der Steuerfuss der Stadt Wädenswil in den letzten 15 Jahren um mehr als 15% gesenkt worden.

Der nächste Punkt, den er ansprechen möchte sei, die GSF-Studie vom letzten Herbst. Die Studie habe die Gründe für einen Zu- oder Wegzug und Zufriedenheit der Bevölkerung im Wohnort eruiert. Der Hauptgrund sei den Faktoren Lebensqualität und Infrastruktur zuzuschreiben. Gute Schulen, guter öffentlicher Verkehr oder der See, seien in Wädenswil Pluspunkte. Aber es sei effektiv nicht der Steuerfuss.

Die globalen wirtschaftlichen Turbulenzen und die drohende Rezession werden auf uns zukommen. Ein weiterer Grund warum es keinen Sinn mache, die Steuern zu senken. Klar habe man die Möglichkeit die Steuern wieder zu erhöhen, falls die Einnahmen drastisch einbrechen, wie man das gerade beim Kanton sehe. Es sei nötig, aber sie sparen lieber. Es werde im Bereich Schule, Sicherheit, Umwelt gespart, anstatt dass man die Steuern wieder erhöhen würde. Die Leidtragenden davon seien die Mitarbeitenden und die Infrastrukturen.

Aus diesen Gründen lehne die SP die Senkung der Steuern ab und appelliere an die Vernunft der anderen Parteien.

Mitglied der GRPK, Adrian Stucki, GP, teilt mit, dass die GP-Fraktion mit der Senkung von 2% einverstanden sei. Dies möge etwas erstaunlich sein. Aber keine Angst oder keine Freude, denn sie werden nicht bei den "Gebetsmühlenartigen" Steuersenkungswahn von gewissen Parteien jedes Jahr mit machen. Sie hätten dies intensiv in der Fraktion diskutiert und folgende Gründe haben zu diesem Schritt geführt:

Die momentane finanzielle Situation könne als gut beurteilt werden. Es mache keinen Sinn, Eigenkapital anzuhäufen und ausserdem habe das neue Finanzausgleichsgesetz ein paar Millionen in die Stadtkasse gespült. Sie denken, dass man hier ein Teil vom grossen Betrag der Wädenswiler Bevölkerung zurückgeben könne. Was aber wichtig sei, dass man in Zukunft Investitionen mit innovativ und ökologisch durchdachten Projekten mache. Jonas Erni habe es bereits angesprochen, Wädenswil sei eine Energiestadt, tolle Projekte seien bereits entwickelt wie zum Beispiel der Wärmeverbund. Wädenswil habe tolle Badeanstalten, einen tollen Seeuferweg und andere gute Anordnungen. Dort wünschen sie dem Stadtrat viel Mut und viel Fantasie für solche Absichten, denn Steuern senken könne jede Gemeinde, aber interessante Angebote und Projekte anbieten, brauche viel Arbeit und Innovation.

Als man den FEP erhalten habe, hätten sie schon diverse Diskussionen über den Steuerfuss gehabt. Zuerst haben sie zurückkriechen wollen, da viele Investitionen auf die Stadt zukommen. Es könne ja nicht sein dass man sich verschulde und gleichzeitig die Steuern senke. Sie hätten aber keine "Wischi-Waschi-Partei" sein wollen, die plötzlich zurückkriechen, sondern sie seien bei ihrem Entscheid geblieben. Die nächsten Jahren werden schwer, bei den Banken seien die rosigen Zeiten und grosse Boni vorbei, grosse Renditen fertig und Wädenswil werde wieder ein paar Steuergelder verlieren.

Wie gesagt, sie haben sich zu diesem ungewöhnlichen Schritt durchgerungen und er hoffe, dass auch andere Parteien in Zukunft, wenn es wieder schwieriger werde, auf die andere Seite schauen.

Mitglied der GRPK, Gian-Fadri Gattiker, FDP, teilt mit, dass die FDP empfehle das Budget 2012 zu genehmigen und den Steuerfuss der Politischen Gemeinde um 2% auf 84% zu senken.

Auch wenn die wirtschaftliche Situation weltweit und in der Schweiz angespannter werde, sei das kein Grund den Teufel an die Wand zu malen. Aufgrund der Entwicklung von den

Einkünften und Ausgaben scheine ihnen das Budget 2012 trotzdem vertretbar und umsetzbar zu sein. Alle für Wädenswil wichtigen Investitionen können problemlos umgesetzt werden.

In der Zürichsee-Zeitung lese man, dass die SP und vor allem der dort federführende Vertreter von der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission das apokalyptische Ende von Wädenswil voraussehe, wenn man den Steuerfuss um 2% senken würde. Der Vertreter stützte sich dabei auf den provisorischen Finanz- und Entwicklungsplan 2012-2016 ab, die die meisten von ihnen noch gar nicht gelesen haben und der auch noch nicht im Gemeinderat behandelt worden sei.

Der Finanz- und Entwicklungsplan sei zwar ein guter Überblick über mögliche grössere und kleinere Projekte, auch über reine Wunschprojekte, nur wann und ob diese alle gleichzeitig umgesetzt werden, was sie kosten werden, dies alles sei einer grossen Unsicherheit unterworfen. Sämtliche Finanz- und Entwicklungspläne seit bald 10 Jahren zeigen, dass diese Planungsunterlagen sich auf der vorsichtigen, pessimistischen Seite bewegt haben. Erträge seien zu tief und Ausgaben bedeutend zu hoch angenommen. Selbstverständlich sei ein solches provisorisches und schwammiges Dokument eine ideale Grundlage für jemanden der gerne mit Halb- und ganzen Unwahrheiten die Emotionen von der Bevölkerung wecken wolle. So habe er bereits im Projekt Tiefenhof der Wädenswiler Bevölkerung 4.5-Zimmer-Wohnungen für monatlich Fr. 1'900.- als Luxusghetto "verkauft", und jetzt prophezeie er – wider besseres Wissen – Wädenswil sei bei einer Steuerfussreduktion von 2% innert weniger Jahren total Pleite. Gleichzeitig wolle er für exotische Umweltprojekte zusätzlich Geld verpulvern. Natürlich habe jemand der derart spektakuläre Geschichten verbreite grössere Chancen in der Zürichsee-Zeitung zitiert zu werden, als jemand der die oftmals langweilige und nüchterne "Wahrheit" sage. So auch im letzten Artikel von der Zürichsee-Zeitung vom 17.12.2011 in der dem Exponent von der SP – der seiner Meinung nach weder bezüglich Kompetenz noch Redlichkeit über jeder Zweifel erhaben sei – eine Plattform von über 30% zur Verfügung gestellt worden sei.

Jetzt aber zurück zum Westlichen. Was seien wichtige Voraussetzungen für eine stabile Finanzentwicklung? Fast am wichtigsten scheine der FDP die Kostenkontrolle. Ein Beispiel zeige, dass die Schweiz in den letzten 8 Jahren eine Teuerung von insgesamt 7% gehabt habe. Man würde es nicht für möglich halten, Wädenswil habe im gleichen Zeitraum jährliche Mehrkosten von sage und schreibe 52% generiert. Das natürlich weil die Ansprüche ständig steigen und vor allem weil die grössten Budgetposten zum Teil massiv und fast unkontrolliert überschritten worden seien. Da immer bedeutend mehr Steuern eingenommen worden seien als budgetiert, habe das problemlos verkraftet und zum Teil vertuscht werden können - das allerdings jeweils unter einem Zähneknirschen der FDP. Für die FDP sei ganz entscheidend, dass inskünftig ein lückenloses Controlling und eine absolute Budget- und Kostendisziplin durchgesetzt werde.

In dem Sinne empfehle die FDP, den Steuerfuss um 2 Prozentpunkte zu senken und im Übrigen dem Budget 2012 zuzustimmen.

Stadtrat Finanzen, Paul Rota, erklärt, dass der Stadtrat die Steuersenkung in seiner Abwesenheit beschlossen habe. Der wesentliche Grund sei, dass der Stadtrat ein Signal setzen möchte, dass weiterhin gute Steuerzahler nach Wädenswil kommen und auch in Wädenswil Liegenschaften kaufen. Dies sei wichtig, aber nicht das Allerwichtigste. Die Leistungen die eine Stadt erbringe, seien sicher genauso wichtig.

Er gebe allen Recht die behaupten, dass es schwierig sei für die Zukunft, diesen Steuerfuss beibehalten zu können. Christoph Lehmann habe dies vorher erwähnt, vor 15 Jahre sei man rund 20% höher als der heutige Steuerfuss gewesen. Man müsse auch flexibel sein, was die andere Richtung angehe. Er möchte einfach festhalten, was die Zukunftsperspektiven seien. Wenn es darum gehe, die Zukunftsperspektive über ein Jahr zu prognostizieren, werde es schon schwierig. Und darum müsse man den FEP auf gewissen Annahmen machen, es sei nicht pessimistisch aber ein gewisser Zweckoptimismus sei dahinter. Die einzelnen Sachen können irgendwann beraten werden, was sicher interessant sei. Aber die Vergangenheit könne man immer beurteilen. Er kenne dies aus den letzten 20 Jahren, dass man zum Glück immer besser gelegen habe und in den letzten 10 Jahren ausserordentliche Zustände oder Situationen gehabt habe, wobei man bei den Erträgen wesentlich mehr oder sogar doppelte Beträge eingenommen habe, was nicht vorhersehbar gewesen sei. Er werde erst dann wieder über eine Erhöhung sprechen, wenn diese Situation in der Wirtschaft eintreffe. Es habe schon oft geheissen, es kommen happige Jahre, aber nun sei man im Jahr 2011 und habe nach wie vor hohe Steuererträge die im Vergleich zum Kanton zugenommen haben. Das zeige, dass auch Personen nach Wädenswil ziehen, die hohe Steuererträge generieren. Aber die Veränderungen der Wirtschaft seien sicher zu berücksichtigen, es gebe natürlich auch Abgänge von guten Steuerzahlern, steigende Belastungen und dies alles sei nicht genau vorauszusehen, es sei fast wie ein Orakel.

Der Stadtrat sei überzeugt, dass man aufgrund des Ressourcenausgleichs von Fr. 6.7 Mio. eine Million an den Steuerzahler weiter geben dürfe. Es sei ein Signal, dass der Stadtrat nicht unnötig den Steuerfuss hochhält.

Peter Schuppli, FDP, teilt mit, dass sich die SP in ihrem Fraktionsbericht in der Zürichsee-Zeitung über die beantragte Steuerfussenkung um 2 Prozentpunkte lustig mache. So versuche sie zu suggerieren, dass die Senkung betragsmässig nur etwa einem Nachtessen entspreche. Ja, so einfach könne man es auch sehen. Wie wäre es gewesen, wenn man sich mit der Materie ein bisschen ernsthafter auseinandergesetzt hätte? Das Geld, welches durch die Steuerfussenkung einem Steuerzahler im Portemonnaie bleibe, könne man auch für anderes verwenden – zum Beispiel um es sinnvoll in Konsumkreislauf zu lenken, um so ortsansässige Dienstleister und Produktionsbetrieb zu unterstützen, die ja wiederum ebenfalls Steuern zahlen. Oder zu sparen, um gerüstet zu sein für härtere Zeiten, die vermutlich auf uns zukommen. Oder beispielsweise ein Spende zu tätigen, wobei die Aktion "Jede Rappe zählt" eine gute Gelegenheit geboten habe.

Oder wie wäre es, wenn der Staat nicht Jahr für Jahr mehr Geld beanspruche für dieses und jenes, für sinnvolles und weniger sinnvolles. Beispiel von Sparmöglichkeiten gäbe es genug, ohne das gerade von "zu totsparen" geredet werde. Das sei sowieso eine Standardaussage von linker Seite, und zwar immer dann, wenn versucht werde, den Anstieg von den Staatsausgaben auch nur geringfügig zu bremsen. Wohlverstanden, es gehe dabei jeweils nicht

um eine Kürzung von der absoluten Ausgabe, sondern lediglich um eine Verringerung des Kostenzuwachses.

Abschliessend sei der SP empfohlen, einen Blick in den Geschäftsbericht 2010 der Stadt zu werfen. Dort finde sie eine aufschlussreiche Tabelle. Es sei dargestellt, wie viele Personen in der Stadt überhaupt keine Steuern zahlen und wie wenige Steuerzahler den Grossteil vom Steueraufkommen in Wädenswil bestreiten.

Die Steuerfussenkung sei vertretbar und erfülle hoffentlich den Zweck, einem Steuerzahler zurückzugeben was ihm gehöre. Zudem habe es die erwünschten Nebenwirkungen, dass die Ausgabefreude vom Stadtrat im Rahmen gehalten werde.

Hanspeter Andreoli, BFPW, führt aus, dass die geplanten Investitionen gemäss FEP sicher richtig seien und auch so ermöglicht werden. Um auf das Beispiel von Jonas Erni zurückzukommen: Dann müsse man halt auf ein Möbelstück verzichten.

In diesem Sinne sei das Bürgerliche Forum Positives Wädenswil für eine Steuerfussenkung von 2% Punkten.

Thomas Hartmann, SP, teilt mit, dass eine der besten Auftraggeberinnen des Gewerbes in Wädenswil die öffentliche Hand sei. Wenn kein Geld mehr vorhanden sei, kaufe sie das Möbel nicht beim Gewerbe sondern verzichte darauf.

Zum Schluss möchte er Gian-Fadri Gattiker und seiner Partei daran erinnern, dass es zum Tiefenhof ein Volksentscheid geben habe. Er würde der FDP empfehlen, die Ohren etwas näher beim Volk zu haben, vielleicht würde dann das Wahlergebnis auch etwas besser aussehen.

Gemeinderatspräsident Tobias Mani erklärt, dass nun über folgende Anträge abgestimmt werden müsse:

Antrag einer Mehrheit der GRPK den Steuerfuss um 2% zu senken.

Antrag einer Minderheit der GRPK will auf eine Steuersenkung verzichten.

Schlussabstimmung (Gegenüberstellung der zwei Anträge):

Der Rat stimmt grossmehrheitlich dem Mehrheitsantrag der GRPK zu, den Steuerfuss um 2% zu senken.

Drittens: Zusätzliche Abschreibungen 2012

Der Stadtrat und die GRPK beantragen dem Rat:

Vom Verwaltungsvermögen sollen zusätzlich Fr. 4'030'130.-- wie folgt abgeschrieben werden:

Fr. 2'000'000.--	Politisches Gemeindegut
Fr. 1'430'130.--	Werke Erdgas- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung
Fr. 600'000.--	Abwasseranlagen

Ivo Peyer, BFPW, teilt mit, dass das Bürgerliche Forum gegen die zusätzliche Abschreibungen von total Fr. 4.03 Mio. sei. Aufgrund der Äusserung von Beat Wiederkehr mache es für sie keinen Sinn, diese Abschreibungen auch für das Jahr 2012 vorzusehen. Man verzichte jedoch, aufgrund der Komplexität, auf einen entsprechenden Antrag, werde aber gegen dies zusätzliche Abschreibung stimmen.

Der Rat stimmt grossmehrheitlich den Anträgen über die zusätzlichen Abschreibungen zu.

Viertens: Abstimmung über das Gesamtpaket:

Dem Voranschlag inklusive Leistungsaufträge und NPM-Abteilungen und einer Steuerfussreduktion von 2% auf 84% und die antragsgemässen zusätzlichen Abschreibungen werden grossmehrheitlich zugestimmt.

04.05.20

3. Weisung 12, vom 25. Juli 2011, betreffend Revision privater Gestaltungsplan Beichlen

Zum Eintreten referiert:

Präsident der Raumplanungskommission Daniel Tanner, teilt mit, mit der vorliegenden Weisung 12 der Stadtrat das Anliegen für eine Nutzungsausdehnung einer privaten Bauunternehmung aufgenommen habe. Ausgehend vom Gestaltungsplan vom 9. April 2001, der die Umnutzung des ehemaligen Tiefbauamt-Werkhofs Beichlen ermögliche, beantrage der Stadtrat den revidierten Gestaltungsplan Beichlen gutzuheissen.

In der Diskussion habe die Kommission die verschiedenen Kriterien unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses beurteilt. Der gut funktionierende Betrieb der bestehenden Anlagen führe rasch zum Konsens, wonach den Bedürfnissen nach grössere Ausnutzung grundsätzlich entsprochen werden könne. In Gedankenspiel habe man auch Lösungen angedacht, bei denen eine komplette Umlagerung in eine vom Stadtrat vorgeschlagenen neuen Bauzonen im Neubüel in Frage komme. Beim Gedankenspiel bleibe es dann aber auch.

Wesentlich konkreter habe sich die Kommission mit der Frage der Gestaltung und der Akustik auseinandergesetzt. Nicht zuletzt, um einen Fall, wie er diesen Herbst in Adliswil eingetreten sei, zu vermeiden. In Adliswil müsse die Stadt eine Bauschuttsortieranlage per Dekret

schliessen lassen, da der Schwellenwert der Lärmemission überschritten wurde. Dass es in den Beichlen nicht dazu komme, garantiere die eingehende Prüfung der Baueingabe durch die Baukommission, in der höchstens eine mässig störende Lärmbelastung akzeptiert werde.

Am meisten Diskussionsstoff habe die Frage ausgelöst, wie gut sich der 9m hohe Kubus in die harmonische Landschaft zu integrieren vermöge. Speziell die 29m lange Südostfassade werde von relativ weit her nicht zu übersehen sein. Daher komme die gesamte Kommission zum Schluss, dass die Fassade hinsichtlich der Einbettung dem Anspruch "besonders gute Gestaltung" entsprechen müsse. Da sich unmittelbar angrenzend an das zu erwartende Baufeld eine Postautostation befinde, soll zudem darauf geachtet werden, dass der unterbruchfreie Busbetrieb aufrechterhalten werde und dass ein minimaler Ausbaustandard der Haltestelle durch die Eigentümer sichergestellt werde. Im Dialog habe die Bauherrschaft beide Forderungen akzeptiert.

Die Raumplanungskommission beantrage dem Gemeinderat einstimmig, auf die Weisung 12 einzutreten. Ebenso einstimmig empfehle sie Zustimmung zu den Anträgen 1 bis 4 des Stadtrats. Weiter beantrage sie, folgende Änderungen in den Bestimmungen des privaten Gestaltungsplans vorzunehmen.

Im neuen Artikel 4.1 soll ein Absatz 3 eingeschoben werden, der heisst: "Die Südostfassade ist besonders gut zu gestalten."

Der Artikel 6 soll um einen Punkt im Text erweitert werden: 6.1 "Die Bushaltestellen ist mit einer Grundausstattung auszurüsten."

Mitglied der Raumplanungskommission, Thomas Bürge, FDP, teilt mit, dass die Weisung 12 in der Kommission und der FDP-Fraktion eingehend besprochen wurde. Die FDP-Fraktion unterstütze die vorliegende Weisung einstimmig.

Für die FDP sei es sehr erfreulich, dass zwei Gewerbe-Betriebe in Wädenswil investieren und sie seien der Meinung, dass das Gewerbe wo möglich unterstützt werden müsse.

Es müsse mit allen Mitteln geschaut werden, dass ein gesundes und aktives Gewerbe in Wädenswil bleibe und allenfalls sogar ausgebaut werden könne. Man dürfe daran erinnern, dass die "Gewerbler" auch Arbeitsplätze anbieten und sichern. In solchen Betrieben werden auch Lehrlinge ausgebildet. Positiv sei auch zu werten, dass das Gewerbe Steuern zahle und einen soliden Pfeiler von dem breiten Mittelstand darstelle. Gerade in Zeiten wie jetzt oder die noch kommen, müsse man den mittelständischen Arbeitgeber Sorge tragen und sie nicht ständig mit neuen Paragraphen und unnötigen, übertriebenen und kostenverursachenden Vorschriften zusätzlich ärgern.

Die FDP-Fraktion sei einstimmig für Eintretung und Zustimmung zur Weisung 12.

Mitglied der Raumplanungskommission, Monika Greter, CVP, erklärt, dass es die CVP freue, dass ein KMU in Wädenswil investiere. Es sei ihnen bewusst, dass das Projekt an einem sensiblen Ort stehe. Darum unterstütze die Fraktion auch den Antrag der Raumplanungskommission, dass der Artikel 4.1 mit dem Satz: "Die Südostfassade ist besonders gut zu gestalten," ergänzt werde.

Sie hoffen, dass das Bauamt den Auftrag ernstnehme, besonders sorgfältig prüfe, wie denn das Bauprojekt in die Landschaft passe. Ebenfalls erfreulich sei, dass der Bauherr einverstanden sei, die Bushaltestelle mit einer Grundausstattung auszurüsten.

Dies sei im Interesse der Arbeitnehmer, werde aber auch für Anwohner und Ausflügler einen Nutzen bringen. Die CVP-Fraktion sei für Eintreten und unterstütze beide Anträge der Raumplanungskommission.

Mitglied der Raumplanungskommission, Ivano Coduri, SVP, erklärt, dass durch die Genehmigung des Gestaltungsplan Beichlen vier Betrieben ermöglicht werde, die seit Jahren dort tätig seien, ihren Werkhof so zu optimieren, dass sie in Wädenswil bleiben können. Die Halle, von der man vorher etwas gehört habe, eröffne der Firma Huber neue Perspektiven. Sie können dann die Sortierung von verschiedenen Materialien trennen, sodass sie das Brauchbare wieder dem Kreislauf zurückgeben können. Ebenso sei geplant, dass dort Elektroschrott entsorgt werden könne, wie auch Metall, Gold, Silber und Kupfer.

Die vier Betriebe haben es verdient, ihren Arbeitsplatz auszubauen. Die SVP sei geschlossen für die Weisung 12.

Mitglied der Raumplanungskommission, Rahel Sonderegger, EVP, sagt, dass die Revision des Gestaltungsplans Beichlen sinnvoll und zweckmässig sei. Dies aus folgenden Gründen: Auf dem Areal arbeiten bereits heute vier Firmen und haben sich in den letzten Jahren gut auf dem Areal eingegliedert. Um weiterhin angemessen auf dem Areal arbeiten zu können brauchen die Firmen den Ausbau.

Man habe der Kommission auch gut aufzeigen können, wieso eine Höhe von 9 Meter erforderlich seien. Wie vorher schon erwähnt sei es auch der EVP wichtig, dass die Einbettung des Erweiterungsbaus in die Landschaft gelinge. Dies sei aber ihrer Meinung nach mit dem neuen Absatz 3 gewährleistet. Auch der zusätzliche Text unter Artikel 6 betreffend Bushaltestelle befürworten sie.

Somit seien auch sie für Eintreten und Zustimmung zur Weisung 12 inklusive den Anträgen der Raumplanungskommission.

Mitglied der Raumplanungskommission, Simon Kägi, GP, führt aus, dass auch die Grünen die Weisung 12 sorgfältig geprüft haben. Solche privaten Gestaltungspläne biete in der Kommission wie auch im Gemeinderat wenig Spielraum. Schlussendlich könne man ja

oder nein sagen und gewisse Details könne der Rat in Auftrag geben. Aber eine Detailberatung bleibe häufig eine Farce.

Der bestehende ehemalige Werkhof vom Kanton werde bereits heute schon für privaten gewerblichen Zweck genutzt. Sie seien der Meinung, dass diese Parzelle, welche in der Landwirtschaftszone liege, auch in Zukunft für diesen Zweck genutzt werde. Dazu seien die gewünschten Anpassungen im Gestaltungsplan sinnvoll und zweckmässig.

Die Neubauten werden das zentrale mittlere Gebäude u-förmig mit einer 9m hohen Wand umringen. Dies werde etwas weniger hoch sein als die Giebel der jetzigen Häuser, was den "Klotz" sehr massiv werden lassen. Ob sich dieser Klotz in die Landschaft einbinden lassen möchte, sei aus ihrer Sicht sehr fragwürdig.

Die Privatinvestoren oder die Baukommission der Stadt seien angehalten den Passus besonders gut zu gestalten. Wie der aussehe, könne leider heute Abend nicht bestimmt werden, aber sie hoffen, dass die Baukommission darauf ein Auge haben werde.

Eine Diskussion über die Verlegung der Betriebe Richtung Neubüel oder Aamühli wäre landschaftlich sicher weniger einschneiden gewesen als in der Beichlen. Aber in nützlicher Frist hätte das nicht realisiert werden können. Auch darum sehen die Grünen den Ausbau beim jetzigen Standort als vertretbar. Der Entscheid heute Abend werde bestimmt keinen besonderen Akzent für Wädenswil setzen, aber immerhin sei es ein Zeichen für das ansässige Gewerbe.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser, verzichtet auf eine grosse Einleitung. Die kantonale Baudirektion habe bereits im 1. Juli 2011 die vorgesehene Erweiterung als massvoll beurteilt, insbesondere deshalb weil gleichzeitig auch die Wohnnutzung gänzlich ausgeschlossen werde. Die Zustimmung vom Kanton sei nicht als ganz selbstverständlich zu werten, er kenne das Amt für Raumentwicklung, welches solche Projekte ausserhalb des Siedlungsgebiets beurteile, als sehr streng. Auch die Planungsgruppe Zimmerberg habe am 14. Juli 2011 aus regionaler Sicht den Antrag unterstützt.

Der Stadtrat könne gut mit den zusätzlichen Anträgen der Raumplanungskommission leben. Die Forderung nach einer besonders guten Gestaltung sei auch aus Sicht der Baukommission als angemessen. Prädikat "besonders gut" sei gemäss Planungs- und Baugesetz (PBG) ein wichtiges Kriterium von Bauten. Heute kenne man diese Anforderungen bereits bei Arealüberbauungen und bei der kommunalen Bau- und Zonenordnung bei allen Bauvorhaben innerhalb der Kernzonen. Der Artikel 238 vom PBG der üblicherweise bei Projekten angewendet werden müsse, verlange nur "eine befriedigende Gesamtwirkung".

Der Stadtrat würde sich über Zustimmung zur Weisung freuen.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 12.

Detailberatung:

(keine Wortmeldungen)

Abstimmung über Antrag der Raumplanungskommission Artikel 4.1 mit Abs. 3 zu ergänzen: "Die Südostfassade ist besonders gut zu gestalten.":

Der Antrag der Raumplanungskommission den Artikel 4.1 mit Abs. 3 zu ergänzen "Die Südostfassade ist besonders gut zu gestalten," wird einstimmig genehmigt.

Abstimmung über Antrag der Raumplanungskommission Artikel 6 mit dem Artikel 6.1 zu erweitern: "Die Bushaltestellen ist mit einer Grundausstattung auszurüsten.":

Der Antrag der Raumplanungskommission den Artikel 6 mit dem Artikel 6.1 zu erweitern: "Die Bushaltestellen ist mit einer Grundausstattung auszurüsten," wird einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung (mit Stimmzähler):

Der Rat stimmt mit 34:0 Stimmen der Weisung 12, vom 25. Juli 2011, betreffend Revision privater Gestaltungsplan Beichlen zu.

28.03.31

4. Weisung 15, vom 7. November 2011, betreffend Erweiterung und Anbau der Lehrerarbeitsräume im Oberstufenschulhaus Steinacher

Zum Eintreten referiert:

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass der Gemeinderat vor einem Jahr die erste Ausbautetappe im Schulhaus Steinacher behandelt habe. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission habe damals der politischen Gemeinde und der Oberstufenschule Wädenswil empfohlen, den Finanzierungsprozess zu überprüfen und die Entscheidungskompetenzen praxisgerechter zu regeln. Gemäss den erhaltenen Auskünften der Verantwortlichen sollen die bestehenden Vereinbarungen jedoch nicht angepasst, sondern pragmatisch ausgelegt und umgesetzt werden. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission könne soweit mit dieser Aussage leben. Für künftige grössere Projekte erachte die Kommission allerdings eine Vertragsanpassung oder Neureglung als zwingend.

Die Ausgaben von Fr. 886'000.00 werden korrekterweise als Hochbauten des Verwaltungsvermögens in die Investitionsrechnung eingestellt. Wirtschaftlich betrachtet, handle es sich dabei aber um eine Vorfinanzierung der Stadt an die Oberstufenschule Wädenswil, die verzinst und zurückbezahlt werde. Bereits nächstes Jahr sollen 50% getilgt werden, im 2013 möglicherweise sogar der Rest.

Ein Ausschuss der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission habe sich dieses Frühjahr vor Ort ein Bild des heutigen Zustands und der konkreten Umbaupläne für die Erweiterung der Lehrerarbeitsräume gemacht. Der Kommission sei es auch ein Anliegen, dass die Lehrpersonen und die Mitarbeitenden der Betreuungsdienste in allen Schulhäusern Wädenswils und der Au vergleichbar gute Bedingungen haben, die den pädagogischen und sozialen Aufgaben der Oberstufenschule Wädenswil gerecht werden. Die Geschäfts- und

Rechnungsprüfungskommission erachte das Projekt als sinnvoll und im Rahmen der Kostenschätzung des Architekten für realisierbar. Obwohl es sich um ein Projekt der Oberstufenschule Wädenswil handle, sei bei der Auftragsvergabe der Submissionsleitfaden der Bauherrin, also der Stadt Wädenswil, einzuhalten.

Die einstimmige Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission beantrage Eintreten zur Weisung 15 und Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrats.

Stadtrat Finanzen, Paul Rota, findet es eine Spitzenleistung, wie schnell die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission dieses Geschäft bearbeitet habe.

Die Stadt sei Antrags-Stellerin, da sie das ganze vorfinanzieren werde. Das Schulhaus Steinacher sei 35 Jahre alt und habe eine etwas speziellere Architektur sowie spezielle Räumlichkeiten. Diese haben durch die langer Zeit eine Entwicklung mitgemacht und der Schulbereich mache solche solche Massnahmen auch notwendig. Leider seien solche Massnahmen verhältnismässig und kostspielig. Er hoffe, dass solche Anregungen in neue Schulbauten einfliessen und dass flexiblere Räume entstehen.

Er bitte, im Namen der Oberstufe wie vom Stadtrat, auf die Weisung einzutreten und zuzustimmen.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 15.

Detailberatung:

(keine Wortmeldungen)

Schlussabstimmung (mit Stimmzähler):

Der Rat stimmt mit 33:0 Stimmen der Weisung 15, vom 7. November 2011, betreffend Erweiterung und Anbau der Lehrerarbeitsräume im Oberstufenschulhaus Steinacher zu.

**** 5 Minuten Pause ****

30.00

5. Interpellation von Albert A. Stahel, GPL-Gemeinderat, vom 2. Oktober 2011, betreffend Sicherstellung der Ordnung und Nachtruhe; Begründung

Albert A. Stahel, GPL, teilt mit, dass er fünf Bemerkungen zur Interpellation habe.

In einem Vergnügungsviertel herrsche Jubel und Heiterkeit, aber das Vergnügungsviertel von Wädenswil weise nicht die Dimensionen des Londoner Soho auf. Also sollte man eine Komptabilität von beiden machen.

In diesem Quartier existiere, wie er übrigens einmal aus einem fahrenden Zug von Chur aus beobachten konnte, auch das Litteringproblem. Gerade diese Strasse dürfe Autofahrern ein Bild über die Stadt vermitteln.

Er muss noch einmal betonen, man habe in Wädenswil ein Litteringproblem. Dies sei mit ein Grund, wieso er nun jeden Morgen um 8.00 Uhr durch Wädenswil spaziere und Aufnahmen von "Littering" mache. Entgegen seiner Einstellung, elektronische Geräte nur selten einzukaufen, habe er ein neues Handy mit einer ausgezeichneten Kamera erworben.

Der Anstoss zu seinen Interpellationen liefern ihm Einwohner von Wädenswil, die sich bei ihm beklagen, sie würden von den Behörden mit ihren Anliegen nicht angehört. Sicher sei es für ihn persönlich eine Ehre, dass er das Vertrauen verschiedener Einwohnerinnen und Einwohner geniesse, aber es sei nicht in Ordnung, dass sie sich über den Umweg, über einen Gemeinderat an die Behörden wenden müssen.

Einer seiner ehemaligen Doktoranden, der jetzt Kantonsrat sei, habe ihm gegenüber bei einem Referat an der Universität festgestellt: "Wann saniert ihr endlich den Bahnhof und das umliegende Gelände?" Deshalb auch seine Bitte an den Stadtrat, man müsse doch alle Massnahmen ergreifen.

Die Interpellation betreffend Sicherstellung der Ordnung und Nachtruhe geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

20.01

6. Postulat von Willy Rüegg, SP-Gemeinderat, vom 19. Juni 2008, überwiesen am 1. September 2008, aufrechterhalten am 4. Oktober 2010, betreffend Berücksichtigung der IAO-Übereinkommen im städtischen Beschaffungswesen; Beantwortung

Stadtpräsident Philipp Kutter, führt aus, dass der Rat am 4. Oktober 2010 entschieden habe, dieses Anliegen nochmals zu prüfen und vor allem was Wädenswil in punkto IAO-Kernübereinkommen machen könne. Er möchte vorab festhalten, dass der Stadtrat mit der Meinung des Postulanten übereinstimme, dass soziale und ökologische Gesichtspunkte bei der Beschaffung sehr wichtig seien. Eine ernüchternde Feststellung sei aber, dass die geltende Gesetzgebung im Bereich der öffentlichen Beschaffung nicht gekoppelt werden oder nur sehr ungenügend mit sozialpolitischen Anliegen abgedeckt sei. Die öffentliche Beschaf-

fung sei sehr reguliert und zwar nicht nur auf kommunaler Ebene sondern bis zu den GATT-Abkommen (General Agreement on Tariffs and Trade), also über die Schweizer Landesgrenze hinaus. Der Stadtrat habe sich auch mit Vergleichswerten, insbesondere mit der von der Stadt Zürich beschäftigt. Sie versuchen mit einem Verhaltenskodex die Lücke zu schliessen, was aber sehr aufwändig und sehr kostspielig sei. Sie hätten sich insbesondere dafür interessiert, ob der Verhaltenskodex auch überprüft werde, ob sich die Lieferanten überhaupt an die Vorgaben halten. Und man habe feststellen müssen, dass selbst in der Stadt Zürich eine solche Überprüfung nicht möglich sei. Komme sogar die Stadt Zürich an ihre Grenzen, sei es für die Stadt Wädenswil noch viel schwerer eine Produktionskette vom Lieferant bis zum Ursprung zurückverfolgen zu können. Sie seien der Meinung, dass ein Handlungsbedarf bestehe, aber anzustreben wäre keine kommunale sondern eine übergeordnete Regelung. Er persönlich sei immer sehr zurückhaltend was übergeordnete Regelungen betreffe, aber in diesem Fall wäre eine eidgenössische Lösung sicher die Beste. Weil auch die Gesetzgebung in der öffentlichen Beschaffung in dieser Stufe reguliert werde.

Aus all diesen Gründen komme der Stadtrat zum Schluss, dass sie auf eine Einführung eines Verhaltenskodex verzichten. Sie seien der Meinung, dass eine Festlegung eines solchen Labels ein Zeichen ohne Gehalt wäre, da die Überprüfbarkeit nicht gewährleistet sei.

In diesem Sinne habe der Stadtrat neue Erkenntnisse, aber keinen neuen Entscheid.

Willy Rüegg, SP, geht davon aus, dass der ganze Rat keine grosse Lust habe über dieses Geschäft lange zu diskutieren. Die Antwort die er nun erhalten habe könne er kaum von der ersten unterscheiden. Er mache es daher ziemlich kurz und gehe nicht mehr auf die Beantwortung ein. Er wolle aber auch nicht nur lakonisch sagen: "Halt, Veto, ich bin für Aufrechterhaltung." Er sei zwar dafür, sage dies aber anders.

Sei es ein Missverständnis oder ein Kommunikationsteufel? Irgendwie verstehe man sich falsch. Die Aussagen vom Stadtpräsident, dass eine eidgenössische Lösung schön wäre, könne er unterschreiben – nur diese bestehe ja bereits. Es gehe mehr um die Umsetzung. Der Stadtrat sehe ebenfalls, dass soziale und ökologische Punkte wirklich wichtig seien und dass er die Kernübereinkommen unterstütze und gut finde. Dies finde er die Hauptsache, nun müsse man dies nur noch umsetzen und dort gehen die Meinungen auseinander. Er wisse gar nicht Recht wieso. Aus seiner Sicht könnte man in dem Submissionsleitfaden der Stadt eine Präambel einfügen, die in etwa so lauten könnte: "Die Stadt Wädenswil kauft nur, was gemäss schweizerischem Recht und dem von der Schweiz unterzeichneten Abkommen zulässig ist." Man könne ja auch sagen, dass man nur diese Sachen kaufe, die man auch bestelle und der Verkäufer und die Lieferanten sollen gefälligst das liefern, was man bestelle. Aber man könne davon ausgehen, dass man generell das bekommt, was bestellt werde. Auch wenn die Stadt bei einem "Gewerbler" etwas kaufe, gehe er davon aus, dass dieser wirklich gute Ware bestelle und nicht versuche ihn zu hintergehen. Eine weitere Idee sei, dass man – wie die Stadt Zürich – eine Verpflichtungserklärung abgeben müsse, jeder Lieferant sage, er nehme zur Kenntnis, dass die Stadt Zürich faire Beschaffung garantieren möchte und unterschreibe dies. Dies sei in etwa die Kurzfassung vom Verhaltenskodex, mit 25 Seiten auch für sein Empfinden etwas zu lang, dafür stichhaltig und juristisch einwand-

frei. Man könne auch auf der Website ein Bekenntnis für faire Beschaffung veröffentlichen und in jeden Vertrag den man unterschreibe, könne man den Beispielssatz einfließen lassen.

Für die, die es genauer wissen wollen, das schweizerische Arbeitshilfswerk habe eine Kampagne lanciert – ein Leitfaden für Gemeinden und Kantone:

- Gemäss Leitfaden könnte man Zertifizierungen benutzen, worauf man beim Beschaffungswesen achten könnte.
- Oder man könnte auf Selbstkontrollen (Verzichtserklärungen an Lieferanten) setzen.
- Sollte der Lieferant nicht sicher sein, ob sein Produkt einwandfrei sei, könnte er mindestens aufschreiben, welche Massnahmen er getroffen hat, um dies abzuklären. Der Lieferant müsse natürlich nicht nach China reisen.

Dies sei seine Kurzform davon. Er bitte daher, das Postulat aufrechtzuhalten. Er könne nicht verstehen, wieso sogar die Stadt Zürich so Mühe habe dabei. Es gäbe diverse Gemeinden die sich dazu bereits verpflichtet hätten. Zum Beispiel: Die Stadt Luzern, die Stadt Dübendorf, der Kanton Graubünden oder die Gemeinden Trüllikon, Kleinandelfingen, Feuerthalen, Arlesheim usw.

Antrag auf Aufrechterhaltung

Simon Kägi, GP, teilt mit, dass er privat selber entscheiden könne, was er kaufen möchte. Er wisse, er könne sich auf gewisse Labels stützen, die nicht von Kindern hergestellt wurden oder zu schlechten Bedingungen in China. Bei Baumaterialien werde dies etwas schwieriger, aber auch dort gebe es schon Labels, auf die man achten könne. Es gebe gerade in der Produktion grosse Missstände. Albert Stahel habe bereits beim Thema Elektrovelo auf solche Ungerechtigkeiten hingewiesen.

Mit seinem privaten Geld könne er entscheiden wie oder wo er das investieren möchte, bei seinen Steuern nicht, erwarte dies aber. Die Stadt habe auch eine gewisse Vorbildfunktion. Er habe den Verhaltenskodex vom Kanton Zürich auch gelesen und auch wenn dieser sehr schwer zu überprüfen sei, löse dies bestimmt eine Kaskade aus, wie die Unternehmen auftreten sollen. Sie müssen sich überlegen wie die Stoffe, die man verbaue, produziert worden seien. Er gehe davon aus, dass dann beispielsweise Paul Rota mit seiner Plättliffirma in Zukunft so etwas unterschreiben müsse. Auch wenn es nur um kleine Arbeiten, wie eine neue Küche gehe, müsse Paul Rota in Zukunft beim Lieferant anfragen, wie und wo diese produziert worden seien. Der wiederum werde den Druck zu spüren bekommen und er werde sich dafür einsetzen müssen, dass international etwas passiere. Wenn jeder sich sage, man warte bis es die UNO regle, könne man lange warten. Und auch wenn es die UNO regeln würde, heisse das noch lange nicht, dass Wädenswil dies umsetze.

Er fände es schwach wenn Wädenswil dies mit den Steuergeldern nicht machen würde. Er könne Philipp Kutter verstehen, dass es schwer sei für die Stadt das zu überprüfen, aber man könnte wenigsten ein Pilotprojekt starten und innerhalb der Verwaltung selber nur Produkte die nach IAO-Richtlinien hergestellt seien, zu kaufen. Oder man könnte ein Pilotprojekt bei einer Submission versuchen. Es gebe viel Spielraum und er spüre überhaupt keine Motivation seitens der Stadt dort etwas zu machen.

Er finde es schade, darum seien die Grünen auch für Aufrechterhaltung.

Beat Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass er dankbar für das eingereichte Postulat von Willy Rüegg sei. Sein Vorstoss stelle das städtische Beschaffungswesen in einen übergeordneten, ethischen Kontext. Bei der erstmaligen Behandlung des Postulats sei er ebenfalls gegen eine Abschreibung gewesen. Der Stadtrat habe nun Gelegenheit erhalten nachzubessern. Seine Haltung könne er nun soweit nachvollziehen. Auch für ihn sei ein Soziallabel oder Verhaltenskodex weder zweckmässig noch zielführend. Doch Willy Rüegg habe einige Anregungen vorgebracht, die bedenkenswert seien. Er erwarte, dass der Stadtrat auch ohne schriftlichen Kodex bei jeder Auftragsvergabe seine Verantwortung wahrnehme und versuche, seinen Einfluss auf die Zulieferer geltend zu machen.

Albert A. Stahel, GLP, könne sich seinen Vorredner nur anschliessen. Offenbar habe er die Zuhörer mit dem Begriff Koltan überfordert. Dies sei der Rohstoffe damit ein Natel funktioniere und dies finde man nur in der kongolesischen Provinz Kivu. Es werde angebaut durch ruandische Kriegsverbrecher und von dort nach Australien verschifft. Als Kommune müsse man sich überlegen, wer hinter einem Produkt stehe. Er meine, dass eine Kommune die vom Steuerzahler bezahlt werde, übergeordnete Ziele setzen müsse.

Stadtpräsident Philipp Kutter, erklärt, dass das Beispiel von Albert Stahel genau das Problem aufzeige. Wie soll eine Kommune wie Wädenswil durchschauen können, aus was ein Natel gebaut sei? Wie soll die Verwaltung diese Produktionsflüsse stichhaltig nachvollziehen? Er denke, dass auch die Gemeinden die Willy Rüegg aufgezählt habe, gedacht haben, dass sich diese Präambel gut mache, mit dem Wissen, dass man dies nie richtig überprüfen könne. Auch Wädenswil könnte diese Präambel als Placebo in den Submissionsleitfaden einfließen, aber sie seien der Meinung, dass dies nicht richtig sei. Bekenne man sich zu etwas, dann müsse man es auch richtig machen, was aber in diesem Fall nicht möglich sei und daher lehnen sie die Aufrechterhaltung ab.

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt mehrheitlich gegen die Aufrechterhaltung. Das Postulat, vom 19. Juni 2008, überwiesen am 1. September 2008, aufrechterhalten am 4. Oktober 2010, betreffend Berücksichtigung der IAO-Kernübereinkommen im städtischen Beschaffungswesen gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

31.00

7. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP-Gemeinderat, vom 14. Oktober 2011, betreffend die Au als Hochschul- und Bildungsstandort; Begründung

Albert A. Stahel, GLP, erklärt, nachdem Willy Rüegg so lange gesprochen habe, nehme er sich auch das Recht ausführlich zu werden.

Mit Begeisterung habe er an jener Pressekonferenz des Stadtpräsidenten teilgenommen, an der er zum ersten Mal das Strategiepapier "Bildungs- und Forschungsstadt" der Öffentlichkeit vorgestellt habe. Nachdem Wädenswil das Merkmal als Industriestandort zum Glück verloren habe, bestehe angesichts der hervorragenden Lage die Gefahr, dass die Stadt zu einer Schlafgemeinde, wie viele andere Gemeinden am Zürichsee, werden könne. Nun gebe es aber dazu eine andere Alternative. Die Zukunft im Kanton Zürich liege in der Ausbildung und Bildung aller Menschen, denn das sei neben dem Wasser der Rohstoff.

Wädenswil habe das Glück, dass die Stadt bereits der Standort mehrerer Bildungseinrichtungen sei. Dazu gehören neben der ZHAW, die internationale Schule (ZIS) und die Pädagogische Hochschule des Kantons Zürich. Nachdem der Standort der ZHAW ausgebaut und verbessert werden soll, solle dies seiner Meinung nach auch für die anderen Bildungseinrichtungen und Standorte gelten. Dazu gehöre auch die Au mit dem Tagungszentrum Schloss Au der Pädagogischen Hochschule des Kantons Zürich. Aufgrund dieser Ausgangslage könne die Au zum zweiten Hochschulstandort von Wädenswil werden.

Für ein solches Vorhaben sei der Kontakt zur kantonalen Bildungsdirektion notwendig. Offenbar habe der neue Rektor der ZHAW, Professor Jean-Marc Piveteau, die Kontakte zur Bildungsdirektion intensiviert, wie in der Dezember-Ausgabe von Impact (Zeitschrift der ZHAW) zu lesen sei. Sein Ziel sei es, den Raumbedarf für die drei Standorte der ZHAW mit der Bildungsdirektion bis Ende Jahr abzuklären. Ihm scheine, hier liege die Chance für den Standort Au zu lobbyieren. Das Tagungszentrum Schloss Au könne als Ausgangspunkt für einen weiteren Ausbau des Hochschul- und Bildungsstandorts sein.

Nutze man doch die vorhanden Möglichkeiten und Chancen aus und transformiere Wädenswil zur Hochschulstadt am Zürichsee. Deshalb sehe er die Interpellation als Unterstützung und Ergänzung zu den Bemühungen des Stadtrats und er danke bereits jetzt für die Beantwortung der Fragen.

Die Interpellation betreffend die Au als Hochschul- und Bildungsstandort geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

Auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten Tobias Mani gibt es keine Einwand gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte

Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv.